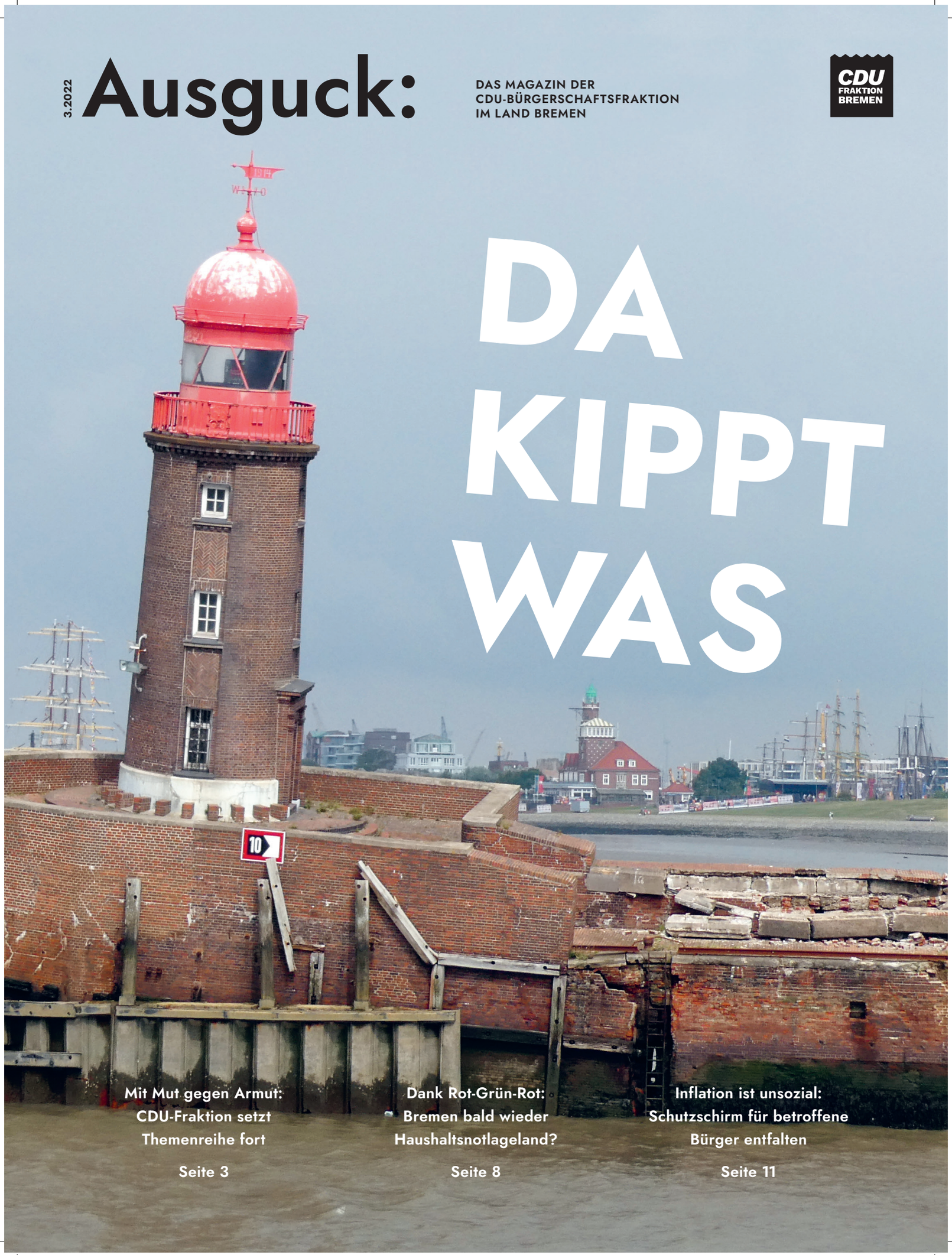
3.2022

Ausguck:

DAS MAGAZIN DER
CDU-BÜRGERSCHAFTSFRAKTION
IM LAND BREMEN

CDU FRAKTION BREMEN



DA KIPPT WAS

Mit Mut gegen Armut: CDU-Fraktion setzt Themenreihe fort
Seite 3

Dank Rot-Grün-Rot: Bremen bald wieder Haushaltsnotlageland?
Seite 8

Inflation ist unsozial: Schutzschirm für betroffene Bürger entfalten
Seite 11

Ausguck:
3.2022

THEMA

Da kippt was – Bremen 4.0 **4**

Erneuerbare Zukunft **5**

Rot-Grün-Rot taktiert bei eigener Schuldenpolitik **8**

Taser können bei Polizei-Einsätzen Leben retten **9**

Kaum zu glauben, aber Bremen **10**

Inflation ist unsozial **11**

ZU GUTER LETZT

Wie umgehen mit unserem kolonialen Erbe? **12**

www.instagram.com/cdubremen

www.facebook.com/CDUFraktionBremen

twitter.com/CDUFraktionHB

Redaktioneller Hinweis:
Orientiert an der Empfehlung des Rates für deutsche Rechtschreibung vom März 2021 wird im Text das generische Maskulinum verwendet (externe Beiträge ausgenommen). Angesprochen sind damit alle Geschlechter.
Mehr Infos dazu hier: www.rechtschreibrat.com/DOX/rfdr_PM_2021-03-26_Geschlechtergerechte_Schreibung.pdf

CDU-Bürgerschaftsfraktion setzt Veranstaltungsreihe «Mit Mut gegen Armut» fort

Armut geht uns alle an – Dieses politische Bekenntnis der CDU-Bürgerschaftsfraktion ist seit Oktober 2021 zur Themenreihe geworden. Ausgehend vom gleichnamigen Positionspapier, haben die Abgeordneten in den vergangenen zwölf Monaten zahlreiche Anträge und Anfragen in die Bürgerschaft eingebracht, Pressekonferenzen veranstaltet und öffentliche Diskussionen durchgeführt. Zuletzt am 21. September im Bremer Presse-Club.

Im Zentrum stand diesmal die Frage, wie Menschen die Bürde der Armut durch berufliche Qualifizierung abschütteln und welchen Beitrag Politik, staatliche Institutionen und Gesellschaft leisten können. Diskutanten in der Runde waren Peer Rosenthal, Hauptgeschäftsführer der Arbeitnehmerkammer, Karin Kayser, Bereichsleiterin der Agentur für Arbeit Bremen und Bremerhaven, Cornelius Neumann-Redlin, Hauptgeschäftsführer der Unternehmensverbände im Lande Bremen e.V. sowie Fraktionsvorsitzender Heiko Strohmann und unsere arbeitsmarktpolitische Sprecherin Bettina Hornhues.

Weit überwiegendes Fazit des Abends: Wir brauchen ein Jahrzehnt der beruflichen Qualifizierung, der intensiveren Zusammenarbeit der Schulen mit dem beruflichen Sektor und weniger staatliche Sanktionen etwa in Form eines Ausbildungsfonds, solange es – wie derzeit – erheblich an geeigneten Bewerbern mangelt.

Armut geht uns alle an! CDU-Fraktion setzt sich weiter gegen Ungerechtigkeit ein.

Großes Interesse im Bremer Presseclub: Das Thema beschäftigt die Menschen in Bremen und Bremerhaven.

Heiko Strohmann, Fraktionsvorsitzender im Gespräch mit Karin Kayser, Bereichsleiterin der Agentur für Arbeit Bremen/Bremerhaven.

Da kippt was!

Bremen 4.0

4.0 ist seit Jahren ein Gütesiegel: Wer seine Produkte national und international an die Spitze bringen will, der fertigt 4.0, also digital vom Einkauf der Rohstoffe über Produktion und Vertrieb bis zur Auswertung der Kundenzufriedenheit. Soweit der Blick in den privaten Sektor. Im öffentlichen Sektor ist der wichtigste Faktor für die Kundenbindung, dass die Menschen gute

Sorgt nach Havarie im April 2021 für Verkehrschaos: die Drehbrücke im Kaiserhafen.

Voraussetzungen zum Leben in ihrer eigenen Stadt vorfinden, in Bremen gleich in zweien, der Seestadt und der Hansestadt.

Daran aber hakt es nach 75 Jahren SPD-Regierung wie in keinem anderen Bundesland. Bremen 4.0 bedeutet vielmehr: abgeschlagen unter den Ländern das schlechteste Bildungssystem zu besitzen. Zwar brüstet sich das Rathaus, viele iPads in den Schulen verteilt zu haben. Das eingerechnet reicht es für Bremen bei der Bildung noch haarscharf für eine Vier, ausreichend, 4.0.

Wäre das nicht schlimm genug, ist unser Zweistädtestaat unter der Regie der SPD (mit ihren Linksbündnissen) seit Mitte der 2000er Jahre aber in vielen weiteren, zentralen Lebensbereichen durchgereicht worden, etwa beim Arbeitsmarkt. Alle neuen Bundesländer haben unser Land inzwischen überholt. Unmittelbare Folge: In keinem anderen Bundesland sind mehr Menschen von Armut bedroht als in Bremen. In sozialer Hinsicht ist das mangelhaft bis ungenügend.

Doch Bürgermeister Bovenschulte weiß sich zu inszenieren: Deutscher Impfmeister sei er. Zwar wies die CDU-Bürgerschaftsfraktion schon im Dezember 2021 öffentlich nach: Diese Behauptung Bovenschultes ist nicht zu halten. Unsinn, ließ das Rathaus verkünden: In Bremen werde „geboostert, bis die Nadel glüht." Inzwischen ist das Bremer Impf-Märchen rundweg widerlegt, und zwar von keiner geringeren Institution als dem Statistischen Bundesamt.

Was bleibt eigentlich? Der SPD-dominierte Senat versucht es mit weiteren Kampagnen auf Kosten der Steuerzahler. Bremens Häfen sollen jetzt „leidenschaftlich" werden. Auch hier also Hoffnung und Ideologie, statt nackter, mühsamer Arbeit. Und die Wahrheit? Kajen für den Umschlag brechen weg; eine weltweit bekannte Drehbrücke versagt über Nacht; der Leuchtturm kippt; die Nordmole bricht ein; auch um die Südmole und das Geeste-Sperrwerk steht es schlecht.

Und was hat das mit 4.0 und der SPD zu tun? Die 4.0 ist die schlechteste Note bei der regelmäßigen Prüfung von Inge-

Never ending Story: Die Seute Deern in Bremerhaven.

nieurbauwerken auf Tragfähigkeit nach DIN 1076. Die meisten der vorgenannten Bauwerke trugen die 4.0 seit Jahren. In vielen Sitzungen der Deputationen und der Bürgerschaft haben wir die Mängel scharf kritisiert, auf Gefahren hingewiesen. Doch die SPD wiegelte ab: Man sei in guter Planung.

Desaster mit Ansage: Im August sackte die Bremerhavener Nordmole samt Turm ab.

Der abgesackte Leuchtturm der Bremerhavener Nordmole ist ein – wenn nicht das – Symbol dafür, dass sich vieles in unserem Zweistädtestaat ändern muss. Wir wollen vom Senat deshalb öffentlich den Überblick auf den Zustand (zunächst einmal) aller bremischen Hafenanlagen und Ufereinfassungen haben. Was alles in Bremen trägt die 4.0? Denn in Bremen kippt so einiges, was jahrzehntelang als gottgegeben galt.

Link zur Kleinen Anfrage

ERNEUERBARE ZUKUNFT

10 ausgewählte Ideen für bessere Erfolgsgrundlagen unseres Landes

1. BILDUNG

Unser Land muss in seine jungen Köpfe investieren. Gestaltungskraft für unsere Gesellschaft fördern wir am besten über gut ausgebildete junge Menschen. Fehlendes Lehrpersonal und marode Schulgebäude linker Regierungen sind die falsche Antwort. Genauso falsch ist es, zukunftsträchtige Fächer gar nicht regulär zu unterrichten. Deswegen fordern wir mit Nachdruck die Einführung des Schulfachs Informatik.

averwerser@cdu-bremen.de

2. MEDIZIN-HOCHSCHULE GRÜNDEN

Gegen Ärztemangel hilft nur Ausbildung von Nachwuchs. So sichern wir unsere eigene Gesundheitsversorgung. Dieser Weg ist finanziell nicht leicht, aber er rechnet sich vor allem für Patienten und den ärztlichen Nachwuchs. Und was oft vergessen wird: Es gibt keinen besseren „Brutkasten" für Start-ups in den Bereichen Medizintechnik, medizinische Forschung und Entwicklung als eine eigene Uni-Medizin. Rot-Grün-Rot unterschätzt diese Chance vollkommen. Aber wir lassen nicht locker.

bensch@cdu-bremen.de

3. DIGITALISIERUNG

Ohne Digitalstrategie in allen Bereichen des öffentlichen Lebens sind Bremen und Bremerhaven nicht wettbewerbsfähig. Die rot-grün-rote Regierung mogelt sich mit Notlösungen durch, nachdem zahlreiche, groß angekündigte Projekte heimlich in der Schublade verschwunden sind. Anlass für uns als Opposition, in jedem Teilbereich gezielt nachzufragen und Vorschläge zu unterbreiten. Ob in den Sicherheitsbehörden, den Häfen, bei Mobilitätsangeboten, in Schulen oder Bürgerämtern; selbst bei historisch brenzlichen Themen können Digitalisierungskonzepte wie unser Hörmal-Projekt Lösungen bieten.

rohmeyer@cdu-bremen.de

4. UNSERE KLIMA-ANLEIHE

Rund 1,5 Milliarden Euro privates Geld für Klima-Investitionen wollen wir durch eine Klima-Anleihe über die Bremer Aufbaubank einsammeln. So lassen sich wirklich große Schritte bei der Photovoltaik, der energetischen Gebäudesanierung und den Wärme-Netzen erzielen. Ganz wichtig: Die Politik hätte keinen Zugriff mehr auf das Geld, um eigene Löcher im Haushalt zu stopfen. Die Finanzen wären auf Dauer für Klima-Investitionen gesichert. Und das heißt auch: Diese 1,5 Milliarden Euro müssen nicht aus dem Landeshaushalt oder gar über Steuererhöhungen von jedem Bürger – also auch mit geringerem Einkommen – bezahlt werden.

eckhoff@cdu-bremen.de

5. ROT-GRÜN-ROTE BLOCKADE BEI WINDKRAFT BEENDEN

Entlang der Autobahn A27 zwischen den Dreiecken Industriehäfen und Überseestadt ist rechtlich wie räumlich Platz für neue Windkraftanlagen. Hier muss Bremen mehr Erneuerbare Zukunft installieren. Schon Rot-Grün hat dies jahrelang blockiert, um Konflikten mit dem Naturschutz aus dem Weg zu gehen. Mit den Linken in der Koalition läuft es seit 2019 kein bisschen besser. Doch gerade mit Blick auf die Energieversorgungs-Krise fordern wir erneut mehr planfertige Flächen für Windkraft-Investoren entlang der A27.

michalik@cdu-bremen.de

6. WESERBRÜCKEN ENDLICH BAUEN

Im Koalitionsvertrag haben SPD, Grüne und Linke wortwörtlich versprochen, bis 2023 alle drei Weserquerungen Innenstadt, Hemelingen und Woltmershausen zu planen und zu bauen. Fakt ist: Vor 2027 steht keine dieser dringend benötigten Brücken. Das muss beschleunigt werden. Viel mehr noch: Auch beim Ausbau des ÖPNV kündigt der Senat seit Jahren großzügig Pläne an, kommt aber tatsächlich nur im Schneckentempo voran.

bodeit@cdu-bremen.de

7. HÄFEN AUF VORDERMANN BRINGEN / AUSSENWESER VERTIEFEN

Der Fischereihafen II eignet sich zur Anlandung bzw. für eine Anlage zur Elektrolyse von Grünem Wasserstoff aus Meerwasser. Hier dürfen wir den Wettbewerb der Nordsee-Häfen nicht verschlafen. Der Fischereihafen II muss Zentrum für den neuen Wasserstoff-Boom werden. Dazu muss der Staat voranschreiten – nur so siedeln sich Start-ups und mittelständische Unternehmen dieses Sektors auf Dauer an. Zudem müssen die Container-Terminals 1 bis 3a bevorzugt saniert werden. Überdies braucht das Auto-Terminal ein modernes, digitales Slot-Buchungsverfahren. Insgesamt mangelt es an einer Digitalisierungsstrategie für unsere Häfen. Hierzu machen wir konkrete Vorschläge und sehen die Vertiefung der Außenweser weiterhin als unverzichtbar an.

grobien@cdu-bremen.de

8. BREMERHAVEN: CHANCE FÜR SPACEPORT ERGREIFEN

Eng mit der Modernisierung der Häfen ist die Frage nach einem Space-Port verbunden. Soll Deutschland eine mobile Startrampe für kleine Trägerraketen vor der deutschen Nordsee-Küste bekommen, um weiter vom Boom in der Raumfahrtindustrie zu profitieren, so könnte Bremerhaven der ideale Umschlag- und Montageort (Spaceport) für die Bestandteile der zivilen Flugkörper sein. Hierzu muss das Land viel offensiver bei der logistischen Planung und Entwicklung mit dem Bund vorgehen.

schnittker@cdu-bremen.de

9. GORDISCHEN KNOTEN IN BREMER CITY DURCHSCHLAGEN

Stillstand bei der Sanierung der Straßenbahn vor der Glocke, eine Never-Ending-Story beim Parkhaus Mitte, keine Weiterentwicklung bei den Karstadt-Kaufhof-Immobilien und daraus folgend ein Aderlass in der Lloydpassage und anrainenden Straßen. Nicht zu reden vom Desaster der Sparkassen-Immobilie. Rot-Grün-Rot setzt immer wieder auf Wünsch-dir-was-Werkstattverfahren, anstatt mit Ernst den berechtigten Interessen und guten Ideen der Eigentümer vor Ort zu begegnen. Mit unserer Großen Anfrage zur Innenstadtentwicklung setzen wir unsere offensive Linie seit dem Innenstadt-Konzept von 2020 fort.

strohmann@cdu-bremen.de

10. MEHR POWER FÜR BREMEN NORD

In der Stadtgemeinde Bremen konzentriert sich Rot-Grün-Rot stark (aber erfolglos) auf das Zentrum. Das Integrierte Struktur- und Entwicklungskonzept Bremen-Nord (ISEK) vom Februar 2019 noch aus Zeiten von Rot-Grün darbt vor sich hin. Seit Jahren gibt es keine nennenswerten Fortschritte beim Bildungscampus (Wollkämmerei), auch der Bahnhofsvorplatz und seine Umgebung leiden. Erheblicher Leerstand belastet das Image. Selbst bei (mittelbar) stadteigenen Immobilien wie dem Straßenverkehrsamt in Vegesack oder dem alten Ortsamt in Burglesum geht nichts voran. Hier gäbe es Lösungen.

hornhues@cdu-bremen.de

Weitere parlamentarische Initiativen gibt es über diesen Link:
https://cdu-fraktion-bremen.de/dokumente

Rot-Grün-Rot taktiert bei eigener Schuldenpolitik

Jens Eckhoff in der Bremischen Bürgerschaft: „Der deutsche Stabilitätsrat attestiert Rot-Grün-Rot eine drohende Haushaltsnotlage. Allen anderen Bundesländern droht keine Zwangsverwaltung. Das sind die Folgen linker Politik."

Monatelang hat der Senat intern beraten, jetzt legt er einen Nachtragshaushalt ohne jede Idee zur Bewältigung der aktuellen Krisen vor. Ins Schaufenster stellt Rot-Grün-Rot dabei einen Topf von 10 Millionen Euro – dieses Mal für die Energiekrise. Einen Plan indes, was damit geschehen soll, gibt es nicht. Schon beim Klimatopf sind solche Gelder am Jahresende ungenutzt verfallen. Stattdessen bräuchten die Menschen, Unternehmen und Institutionen schnell sehr konkrete Unterstützungen in Zeiten wechselnder Groß-Krisen. Doch diese Regierung ist gelähmt von internen Verteilungskämpfen und Ressortegoismen.

Um sein Versagen zu kaschieren, benutzt der Senat von Bürgermeister Bovenschulte eine Vielzahl kleiner Tricks, um das wahre Ausmaß seiner Schuldenpolitik zu verschleiern. Er setzt mit Mitteln des Bremen-Fonds die Konjunkturkomponente der Schuldenbremse aus und verschiebt die Steuermehreinnahmen an der Schuldenbremse vorbei ins Jahr 2023. Ganz nebenbei hebt er noch die Corona-Zweckbindung der Notkredite auf. Laut Verfassung müssten Steuermehreinnahmen stattdessen in die Schuldentilgung fließen. Gerade in Zeiten steigender Zinsen ist das dringender denn je, um künftige Haushalte zu entlasten.

Auch der Bremen-Fonds wird nicht wie dargestellt 2022 abgeschlossen. Vielmehr bucht der Finanzsenator die Ausgaben für 2023 nur formal im Jahr 2022. All das löst kein einziges der so zahlreichen Probleme in unserem Land. Das einzige Ziel dieser Buchhaltungstricks: SPD, Grüne und Linke wollen sich hinter die Wahl retten. Der Kassensturz nach der Wahl wird die bittere Wahrheit ans Licht bringen: Wir werden mehr Zinsen für neue Schulden auf einem höheren Zinsniveau zahlen müssen und die zukünftigen Generationen damit belasten. Wir Christdemokraten stehen aber für solide, transparente Finanzen und werden diese verfehlte Haushaltspolitik in den kommenden Haushaltsdebatten ungeschminkt benennen.

Kontakt
eckhoff@cdu-bremen.de

Taser können bei Polizei-Einsätzen Leben retten

Im Fachjargon der Polizeibehörden heißen sie Distanzelektroimpulsgeräte (DEIG), besser bekannt als Taser. In vielen Bundesländern und auch in Bremerhaven setzen Beamte sie als milderes Mittel im Vergleich zur Schusswaffe ein, wenn sie nicht steuerbare Personen auf Distanz halten oder handlungsunfähig machen müssen. Taser dienen also der Abwehr von Gefahren gegen andere Menschen oder auch zum Schutz von unzurechnungsfähigen Personen vor sich selbst. Tödliche Folgen durch Schusswaffengebrauch im Einsatz können so vermieden werden.

Unsere stellvertretende Fraktionsvorsitzende Christine Schnittker hat sich schon im letzten Jahr – zum Teil gegen heftigen Widerstand der Grünen und Linken – dafür stark gemacht, dass auch Polizeikräfte in der Stadtgemeinde Bremen die modernen Geräte bekommen: „Taser können bei Polizei-Einsätzen Leben retten. Endlich kommt auch SPD-Senator Mäurer zu der Erkenntnis, dass der Pilot-Versuch in Bremerhaven nicht aus Versehen so positiv verlaufen ist. Vielmehr passen die guten Ergebnisse voll und ganz zu den Erfahrungen anderer Bundesländer. Wir halten also an unserer Forderung fest, dass die Geräte den Einsatzkräften im gesamten Bundesland zur Verfügung stehen müssen. Eine fachliche Ausbildung am neuen Einsatzmittel muss die Innenbehörde den Einsatzbeamten auch anbieten, keine Frage."

Innensenator Mäurer hatte im Bericht für die Innen-Deputation am 28. September festgestellt, dass Distanzelektroimpulsgeräte im Fall des Angreifers vom Breitenbachhof im Juni 2020 einen sogenannten hohen Einsatzwert gehabt hätten. Polizeitaktisch bedeutet das: Das Einsatzziel hätte mit großer Wahrscheinlichkeit erreicht werden können, die „nicht steuerungsfähige Person" auf Distanz zu halten oder handlungsunfähig zu machen. „Um diese fachlichen Erkenntnisse kommen die Regierungsfraktionen der Linken und der Grünen jetzt nicht mehr herum", fügt Christine Schnittker hinzu. „Taser sind anerkannte Einsatzmittel, um tödliche Schussverletzungen zu verhindern. Ihre geschulte Verwendung ist ein wirksames Mittel zur Gefahrenabwehr. Gegen diesen glasklaren Befund hilft keine linke Ideologie."

Kontakt
schnittker@cdu-bremen.de

KAUM ZU GLAUBEN, ABER BREMEN

Grüner Basar oder deutsches Planungsrecht?

Man befände sich noch vor dem Satzungsbeschluss, alles sei in Ordnung, gab Umweltsenatorin Dr. Maike Schaefer (Grüne) am 13. September in der Stadtbürgerschaft bekannt. Man habe sich (am Abend zuvor) mit dem BUND geeinigt. Der Naturschutzverband sichere zu, nicht gegen den Bebauungsplan samt Änderung des Flächennutzungsplanes zu klagen. Das Hemelinger Gewerbegebiet Hansalinie könne kommen. Was war in den Tagen und Wochen zuvor geschehen?

Nach einem öffentlich ausgetragenen Krach im Senat schaltete sich die CDU-Bürgerschaftsfraktion ein und stellte klar, dass die Umweltsenatorin im Begriff war, kurz vor Inkrafttreten des Bebauungsplans für den seit Jahren dringend benötigten 3. Abschnitt der Hansalinie gegen Verfahrensabläufe im Planungsrecht zu verstoßen. Denn Schaefers Behörde hatte Bedenken des BUND im Rahmen des öffentlichen Beteiligungsverfahren bereits fachlich begründet zurückgewiesen. Und die städtische Deputation für Mobilität, Bau und Stadtentwicklung hatte die Pläne am 13. Juni bereits einstimmig beschlossen – also auch die Deputierten von SPD, Grünen und Linken.

Fester Teil des Beschlusses war eine sogenannte Überkompensation: Bremen würde mehr neue Bäume pflanzen, als an der Hansalinie zu fällen wären. Das aber reichte dem Naturschutzverband nicht aus. Er drohte mit Klage, weil er nun seltene Vogelarten gefährdet sah.

Schaefer arrangierte daraufhin ein exklusives Treffen mit dem BUND, signalisierte Entgegenkommen und lud Wirtschaftssenatorin Kristina Vogt dazu ein. Diese blieb fern. Schon zuvor hatte die Wirtschaftsbehörde deutliche Kritik an Schaefers Alleingang signalisiert. Die grüne Bürgermeisterin versprach dem BUND dennoch in die Hand, die fünf Hektar Wald stehen zu lassen, wodurch wichtige Gewerbeflächen verlorengegangen wären. Wohlgemerkt: Schaefer setzte sich damit gegen die fachliche Abwägung ihrer eigenen Behörde hinweg und ignorierte überdies den Willen der Politik.

Dies kritisierte die CDU-Bürgerschaftsfraktion öffentlich – mit Wirkung. Binnen weniger Tage kam es zu neuerlichen Gesprächen zwischen Senat und BUND, worauf dieser seine Androhung einer Klage zurückzog. Zudem setzte der Senat den Beschluss des Bebauungsplanes Hansalinie von der Tagesordnung der Stadtbürgerschaft kurzfristig ab, ebenso die Änderung des Flächennutzungsplans. Auf Nachfrage erklärte Schaefer, man habe sich auf 3,5 Hektar verbleibenden Wald und 1,5 Hektar Abholzung für Gewerbeflächen geeinigt. Der BUND wolle nun auf eine Klage verzichten.

Ob die Pläne dadurch tatsächlich klagefest wären, wollte die CDU-Bürgerschaftsfraktion von Senatorin Schaefer darauf in der Stadtbürgerschaft wissen. Die grüne Bürgermeisterin sagte Ja und auch Nein, wich letztlich aus. Ob die Hansalinie nun ohne weiteren Zeitverlust käme, hakten die CDU-Abgeordneten nach. Wiederum folgt ein Ja mit Hintertür. Auf dem Grünen Basar wird womöglich wieder einmal mit Zitronen gehandelt.

Inflation ist unsozial

Dann also doch, und in wesentlichen Punkten bei uns abgeschrieben: Anfang August hatten wir den Senat aufgefordert, Maßnahmen zur Entlastung der Bürgerinnen und Bürger gegen die grassierende Inflation zu ergreifen. Dazu legten wir einen eigenen Maßnahmenkatalog vor, den die rot-grün-roten Koalitionsfraktionen jüngst im Landtag nach einer Regierungserklärung in Teilen als eigenen Erfolg darstellten.

So übernahm Rot-Grün-Rot unseren Vorschlag höherer Zuwendungen für Beratungsangebote durch Schuldnerberatung und den Energiekonsens e.V. Auch unser Zuschussprogramm für Bedürftige zum Austausch elektrischer Altgeräte gegen energieärmere im Haushalt findet sich bei den Koalition-Fraktionen wieder. Zuvor hatte Rot-Grün-Rot auch das von uns bereits geforderte Energiesparkonzept für öffentliche Gebäude vorgelegt. Auch will sich das linke Bündnis weiterhin bei der Bundesregierung für eine günstige Nachfolge zum 9-Euro-Tickets einsetzen, insbesondere – wie von uns gefordert – mit einer sozialen Preis-Staffelung.

In anderen Punkten bleibt das Konzept von Rot-Grün-Rot aber sichtlich vage: So findet sich keine Aussage zur Forderung, landeseigene Steuern und Gebühren für zwölf Monate nicht zu erhöhen. Dabei käme genau das den Menschen unmittelbar zugute und ließe sich direkt in Bremen ohne Zuständigkeit des Bundes regeln. Doch Rot-Grün-Rot bekennt sich in dieser so wichtigen Frage zur Entlastung der Menschen nicht.

Link zum Antrag:
Inflation ist unsozial – Folgen für besonders betroffene Bürgerinnen und Bürger abmildern – Schutzschirm entfalten

Ausguck:
3.2022

christdemokratisch
hanseatisch
unterhaltsam

Ein Magazin der
CDU-Bürgerschaftsfraktion
im Land Bremen

Am Wall 135 · 28195 Bremen
T. 0421 - 3089 4 - 0
F. 0421 - 3089 4 - 44

Verantwortlich für den Inhalt
(V.i.S.d.P.): Dr. Andreas van Hooven (Pressesprecher der CDU-Bürgerschaftsfraktion)

Erscheinungsweise:
4 Ausgaben jährlich

Auflage:
3.500 Exemplare

Fotos:
shutterstock, Studio B, Bremische Bürgerschaft, Frank Thomas Koch, Volker Siemers

Gestaltung:
Swakowski | Grafikdesign

Druck:
BerlinDruck GmbH + Co KG, Achim

Das Magazin und alle in ihm enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung bedarf der Zustimmung des Herausgebers. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen.

Social Media:
Facebook: CDU-Fraktion Land Bremen
Twitter: twitter.com/CDUFraktionHB
Instagram: instagram.com/cdubremen

FSC www.fsc.org RECYCLED Papier aus Recyclingmaterial FSC® C011814

Veranstaltung der CDU-Bürgerschaftsfraktion

Wie umgehen mit unserem kolonialen Erbe?

Kolonialismus, was geht der uns noch an? Sehr viel mehr, als viele sich eingestehen. Er prägt heute noch unsere Gesellschaft, unser Weltbild und auch die Politik. Es ist eine große Aufgabe unserer gesamten Gesellschaft, Dekolonisierung nicht nur aus der europäischen Perspektive anzugehen und die Öffentlichkeit von der Wichtigkeit des Themas für unser heutiges Zusammenleben zu überzeugen.

„Es kann nur ein Anfang sein." Bei der Veranstaltung der CDU-Bürgerschaftsfraktion im Übersee-Museum zum Umgang unseres kolonialen Erbes wurde einmal mehr deutlich, dass unsere Zukunft, unser Miteinander in der Gesellschaft auch mit der Aufarbeitung unserer Kolonialgeschichte zusammenhängt. Es ist eine der wichtigen erinnerungspolitischen Aufgaben unserer Zeit. Claas Rohmeyer, kulturpolitischer Sprecher, diskutierte mit seinen Gästen Ruprecht Polenz, Sonderbeauftragter der Bundesregierung für den Dialog mit Namibia, und Prof. Dr. Wiebke Ahrndt, Präsidentin des Deutschen Museumsbunds sowie Direktorin des Übersee-Museums Bremen, über die Wichtigkeit der Aufarbeitung deutscher Kolonialgeschichte. Und diese kann nur auf Augenhöhe aller beteiligten Parteien geschehen und am Ende gelingen. „Um Wunden zu heilen, darf nicht über die betroffenen Menschen vor Ort hinweg geplant und entschieden werden. So werden auch die Volksstämme der Nama und Herero zukünftige Projekte, für Bildung und Infrastruktur zum Beispiel, mitgestalten", so Ruprecht Polenz.

Ruprecht Polenz, Sonderbeauftragter der Bundesregierung für den Dialog mit Namibia, im Übersee-Museum.

Nach langjährigem Engagement verschiedener zivilgesellschaftlicher Gruppen, insbesondere der Schwarzen Communities und People of Color, hat Hamburg sich dazu entschlossen, die koloniale Vergangenheit der Freien und Hansestadt aufzuarbeiten und 2019 den Beirat zur Dekolonisierung ins Leben gerufen. Emmanuel Asare und Kodjo Valentin Glaeser sind beide Mitglieder dieses Beirates und waren ebenfalls auf unserem Podium um Einblicke in ihre dortige Arbeit zu geben. Hamburg ist die erste Stadt Deutschlands, die sich strategisch mit der Gestaltung ihrer postkolonialen Erinnerungskultur auseinandersetzt.

Für Claas Rohmeyer und die CDU-Bürgerschaftsfraktion war es die Auftaktveranstaltung zu einer Reihe von Diskussionen und Initiativen zu diesem Thema, das weiterhin einer breiten öffentlichen Debatte bedarf.

Kontakt
rohmeyer@cdu-bremen.de

CDU FRAKTION BREMEN